

A – Komplex E-Mobilität

1. Der unverzüglichen Ausbau von öffentlichen Ladestationen in ausreichender Zahl muss in jeder Ortschaft des Bezirks in 2020 bis 2021 erfolgen.

Ja

2. Kennen Sie dazu die 10 konkreten Vorschläge des BVH für Heimersdorf & Seeberg-Süd ?

Ja

3. Zur Förderung von E-Mobilität gehört zwingend der zügige Ausbau einer e-mobilen Zweiradstruktur in einem ortsübergreifenden und ausreichend dimensionierten Radwegenetz

Ja, alle Mobilitätsformen müssen mitgedacht werden. Vor allen Dingen der Kölner Norden muss als wachsender Stadtbezirk einen Ausbau der Mobilitätsangebote insgesamt, der für Jede und Jeden einen optimalen Mobilitätsmix bietet und echte Wahlfreiheit ermöglicht.

Zudem müssen generell Alternativen gefördert werden. Wir wollen, dass Car- und Bike-Sharing-Angebote ausgebaut und durch Sharing von Lastenfahrrädern und E-Rollern vor allen Dingen in Stadtbezirken wie dem Kölner Norden ergänzt werden.

4. Zeitnah müssen ausreichende Vor-Ort-Lademöglichkeiten auch für Privathaushalte geschaffen werden.

Ja,

Viele Menschen zögern bei der Anschaffung eines Elektroautos, weil sie zu Hause und an der Arbeitsstelle keine Möglichkeit haben, ein Auto zu laden. Die Stadt muss dafür sorgen, dass die entsprechenden Anbieter ihre Ladesäulen auch auf öffentlichen Straßen und Parkplätzen aufstellen können. Die bisher geplanten 200 Ladesäulenstandorte sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

5. Ergänzend ist die finanzielle Unterstützung alternativer Antriebstechnologien erforderlich.

Ja!

Grundsätzlich ist die Produktion von Wasserstoff sehr teuer. In Köln ist dies anders: Hier wird Wasserstoff aus Industrieprozessen als Abfall verbrannt. Es wäre für die Luftqualität (NO₂/Ruß) und den Betriebsablauf sinnvoller, diesen Wasserstoff als Antriebsmittel für Fahrzeuge einzusetzen. Die Stadtwerke Köln sollen sich dabei um den Vertrieb von überschüssigem Wasserstoff für den Betrieb von schweren Nutzfahrzeugen (Busse, Müllfahrzeuge, Lokomotiven der HGK) kümmern. Die Stadt soll hierbei auch Entwicklungspartner der Industrie bei der Erprobung neuer Technologien sein.

6. Kaufanreize für alle Antriebstechnologien gehören unterstützend in die Hand der Politik.

JA

2

B - Erholungsräume

1. Die Erholungsräume des Kölner Nordens müssen der Bevölkerung grundsätzlich frei zugänglich sein.

Ja

Wir sehen es kritisch, dass der bereits beschränkte Zugang zu Naturschutzgebieten durch die Ordnungsbehörden unter dem Vorwand des Naturschutzes zunehmend untersagt wird. Ordnungsbehördliche Kontrollen verderben vielen Ausflüglern grundlos ihr Naturvergnügen. Die Naturbegeisterung für Rhein und Co. sollte jedoch durch die zielgerichtete Aufklärungsarbeit der Verwaltung gefördert werden. Rücksichtnahme und Naturschutz aus Einsicht sind besser als Verbote. Kontrollen mit Zugangsverboten zu Naturschutzgebieten sind im Hinblick auf die Umwelt-Sensibilisierung nicht zielführend. Das Recht auf Naturgenuss soll durch verstärkte Umweltbildung vor Ort erhalten bleiben.

2. Einen Zugang zum Rhein einzuschränken lehnen wir ab.

Ja. Auch hier sehen wir eine Beschränkung des Zugangs kritisch. Es gilt verstärkte Umweltbildung vor Verboten.

3. Es muss mehr Freilaufflächen für Hunde geben.

Ja.

Menschen in Köln müssen genug Platz für ihre Haustiere haben; die Freilaufflächen für Hunde müssen erhalten bleiben und neue Fläche identifiziert werden. Klar ist dabei natürlich, dass auch eine wachsende Stadt auch den Lebensraum von Wildtieren berücksichtigen muss.

4. Die Nutzungsordnungen für unsere Seen sollen überprüft und aktualisiert werden.

Ja, einer Überprüfung stehen wir grundsätzlich nicht kritisch gegenüber.

5. Bei der Gestaltung und den Nutzungsordnungen der Erholungsräume müssen bürgerschaftliche Beiräte mitentscheiden dürfen.

Ja

Wir fordern für Köln ein breites Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten. Diese sollen möglichst allen Bürger*innen offenstehen und müssen daher transparent, übersichtlich und verständlich sein.

So sollen die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt stärker noch an Umsetzungsfragen beteiligt werden. Bereits jetzt gibt es in der Stadt unterschiedliche Wege für alle Bürgerinnen und Bürger, sich an Entscheidungen zu beteiligen. Bestehende Beteiligungsformate sollen ausgebaut oder neu geschaffen werden. Das Pilotprojekt zur Bürgerbeteiligung, welches zurzeit im Ausschuss für Umwelt und in der Bezirksvertretung Nippes durchgeführt wird, soll bei Erfolg schnellstmöglich auf andere Bereiche erweitert werden. Vereine und Interessengruppen bei bestimmten Sachfragen, zu beteiligen halten wir ebenfalls für sinnvoll.

Wir wünschen uns auch eine stärkere Transparenz und Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungen der Bezirksvertretungen. Dort werden viele gute Beschlüsse gefasst, die durch öffentliche Priorisierung der Bürgerinnen und Bürger in eine Reihenfolge gebracht werden können, die dann durch die Verwaltung so abgearbeitet werden soll.

Zudem setzen wir uns für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes ein, in dem junge Menschen, die noch nicht wahlberechtigt sind, sich professionell engagieren können.

C - Wohnen & Verkehr

1. Wohnen im Kölner Norden bedeutet auch, sich einzusetzen für bezahlbaren Wohnraum für

Normalverdienende, sowohl zum Erwerb von Eigentum als auch durch Wohnfelderweiterungen im Mietsektor.

Ja. Das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist das Ergebnis jahrzehntelanger Fehlplanung der Baupolitik unserer Stadt. Es wird zu wenig gebaut.

Dafür gibt es verschiedene Gründe die wir anpacken müssen:

1. Müssen mehr Grundstücke ausgewiesen werden
2. Bauen immer teurer und die Bauherren werden durch ständig steigende Anforderungen ausgebremst. Entfesseln wir den Wohnungsbau und sorgen so für mehr Wohnraum!
3. Der FDP Köln ist es wichtig, dass Wohnraum für jeden Geldbeutel entsteht, also auch bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringeren Einkommen. Es dürfen aber nicht nur Geschosswohnungen gebaut werden, es muss auch genügend Ein- und Zweifamilienhäuser geben, um Familien in der Stadt zu halten.
4. Da in den zentralen Lagen nicht alle Kölnerinnen und Kölner Wohnraum finden können, müssen auch periphere Lagen durch bessere Verkehrsanbindungen attraktiver gemacht werden.
5. Alle Bauherren, Privatpersonen wie gewerbliche Investoren, müssen von der Verwaltung besser betreut werden. Kölner Politik und Verwaltung sind gefordert, Bauvorhaben konstruktiv zu begleiten und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Ermessensspielräume müssen zu Gunsten der Projekte genutzt werden.

2. Lärmschutz ist eine verpflichtende Gesundheitsfürsorge des Staates, des Landes und der Kommune – das muss auch im Kölner Norden deutlicher spürbarer werden.

Ja.

Die Kölner FDP tritt z.B. dafür ein, Ausfallstraßen in Zukunft mit offenporigem Flüsterasphalt zu bauen, denn das reduziert den Verkehrslärm und erhöht die Wohnqualität. Generell braucht Köln Umgehungsstraßen, um die gestressten Anwohnerinnen und Anwohner zu entlasten.

3. Es muss Parkraum verändert und zugleich erweitert geschaffen werden

Die Zahl der Autos in Köln steigt immer noch an. Diese Autos müssen sie irgendwo abstellen können. Wir machen uns stark für so genannte Quartiersgaragen unter Einbeziehung der eingenommenen Ablösesummen für nicht errichtete Stellplätzen bei Bauprojekten.

Öffentliche Parkplätze sollen Tiefgaragen weichen, welche sukzessive die bestehenden Flächen ablösen und diese für eine andere Nutzungsform freigeben sollen.

4. Schwerpunkte neuer Parkraumbewirtschaftung müssen vorrangig zur Abmilderung von Verkehrsströmen nahe der zentralen Haltestellen des ÖPNV (außerhalb der direkten Wohnbebauung) und von BAB-Abfahrten geschaffen werden.

Ja.

Um die Zahl der Autos in Köln zu verringern, muss es in der Nähe der Stadtgrenzen große Park & Ride-Plätze geben, an denen die Pendler parken und in die S-Bahn oder in die Stadtbahn umsteigen

können. Die entsprechenden Parkplätze sind aber schon früh am Morgen voll belegt. Dieses System muss deshalb massiv ausgebaut werden.

5. Anwohnerparkplätze sind kostenfrei anzubieten.

Keine Angabe

6. Die aktuellen ÖPNV-Kosten (Fahrkarten) müssen jährlich um fortschreitend 10 Prozent sinken mit dem Ziel einer künftig dann kostenlosen Nutzung.

Nein.

Einen gebührenfreien ÖPNV lehnen wir ab, denn kostenlos ist dieser nicht. Dieser wird bereits jetzt massiv aus Steuergeldern subventioniert und die KVB schreibt jedes Jahr rote Zahlen. Stattdessen machen wir uns für einen qualitativen Ausbau und damit für einen ÖPNV stark, der die Kölner*innen wirklich voranbringt und fordern daher unter anderem 10 Km mehr Bahnstrecke auf dem Kölner Stadtgebiet pro Jahr.

7. In Wohnbereichen soll generell eine Beschränkung von 30 km/h gelten.

Keine Angabe

8. Sackgassen und Straßen in einer Breite von einer Fahrspur sollen als Spielstraßen ausgewiesen werden – Höchstgeschwindigkeit : 10 Km/h.

Keine Angabe

9. Die alten (Fuß-)Wegeplatten aus den 1960/70er Jahre müssen überprüft und von „Stolperfallen“ befreit werden – ggf. in einer örtlichen Generalsanierung dieser Wege.

Ja

10. Der bezirkliche Radwegeplan bedarf dringend einer Überprüfung und Anpassung an die Bedürfnisse der 2020er-Jahre. Hieran sind die Bürgerinnen & Bürger sowie die Vertretung der Bürgervereine und Dorfgemeinschaften zu beteiligen.

Ja, denn wir wollen, dass langfristig mehr Menschen auf das Fahrrad umsteigen, müssen wir ein besseres Radwegenetz bieten. Bedarf sehen wir vor allen Dingen bei Arbeitnehmer*innen die in die Innenstadt von Köln hereinpendeln. Hier müssen Radschnellwege errichtet werden.

D - Gesundheitsfürsorge

1. Die Gesundheitsfürsorge ist im Stadtbezirk6 unzureichend.

Ja,

vor allen Dingen die Suche nach Fachärzten gestaltet sich in unserem Stadtbezirk als schwierig. Wir haben für diesen Umstand noch keine Masterplan vorliegen. Beispielsweise könnte es aber eine Linderung geben, wenn sich die Stadt für die Ansiedlung eines Fachärztheuses stark macht, indem z.B. Räumlichkeiten für diese bereitgestellt werden.

Auch der neu entstehende Stadtteil Kreuzfeld lässt darauf hoffen, dass sich die Lage bald verbessern wird.

2. Als Ersatz für die geschlossene Notfallpraxis Chorweiler hat der BVH ein MVZ

(Medizinisches Versorgungszentrum) am Athener Ring vorgeschlagen – zB. in den Räumen der alten Meldehalle. Diesen Vorschlag unterstützen wir.

Ja. Langfristig würden wir uns wünschen, dass durch die Neuerschließung des Stadtteils Kreuzfeld ein geeigneter Standort gefunden wird.

3. Ja zu einem neuen MVZ gem. Ziffer 2. – aber wir bevorzugen einen anderen Standort.

4. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Bürgervereine des Kölner Nordens mit ihren Forderungen für eine spürbar erweiterte Gesundheitspolitik völlig Recht hatten. Der Kölner Norden (Bz. 6) ist benachteiligt – und das darf nicht bleiben.

Ja

5. Die Erreichbarkeit der Notfallnummer 116 117 ist völlig unzureichend. Eine Erreichbarkeit dieser Nummer darf einen Warterahmen von maximal 10 Minuten nicht übersteigen.

Ja

6. Im künftigen Stadtteil Kreuzfeld soll ein lokales Krankenhaus als Dependence einer bestehenden Klink eingeplant werden.

Ja, dieser Idee stehen wir nicht grundsätzlich kritisch gegenüber.

E - BBS = Bürgerbegegnungsstätte

1. Eigene BBS-Einrichtungen gehören in jeden Ortsteil des Bezirks.

Ja, auch wir wünschen uns ausreichend Bürgerbegegnungsstätten.

2. Wir unterstützen besonders die Bemühungen für eine BBS in Heimersdorf. Eine solche Begegnungsstätte soll ab 2021 in einem 4-räumigen Block innerhalb des Schulgeländes Lebensbaumweg eingerichtet werden.

Ja

3. Wir unterstützen das BBS-Konzept des Bürgervereins BVH e.V..

Ja

F - Bezirkliche Fördermittel und „Runde Tische“

1. Die BV6 entscheidet über die Zuteilung bezirklicher Fördermittel. Dies ist für das Vereins und Kulturleben im Bezirk und in seinen Ortslagen von herausragender Bedeutung. Solche Fördermittel sollten substantiell deutlich aufgestockt werden.

Ja.

Nicht erst seit Corona wissen wir; Das Vereinsleben muss mehr unterstützt, innovative Konzepte gefördert und dadurch auch eine Kulturlandschaft, die so besonders wichtig in Stadtbezirken wie unserem ist, in den Veedeln ermöglicht werden. Die Beantragung von Fördermitteln muss transparenter und verständlicher gestaltet werden. Die Vereine brauchen einen zentralen Ansprechpartner innerhalb der Stadtverwaltung, der sie bei ihrer Arbeit unterstützt und nicht nur Gelder auskehrt. Damit dies garantiert werden kann, muss aber die Verwaltung in der Stadt Köln noch einiges tun. Darauf wollen wir uns eher konzentrieren.

2. Zur gemeinsamen Kommunikation und Koordination soll jeder Ortsteil 2x jährlich das Angebot eines öffentlichen „Runden Tisches“ bzw. von „Stadtteilgesprächen“ erhalten .

Ja. Dabei darf es aber nicht bleiben. Wir brauchen Partizipation, die jede*n Bürger*in grundsätzlich erreicht. Zusätzlich muss es niedrighschwelligere und regelmäßiger Angebote geben. Damit Bürgerbeteiligung für jeden Einzelnen übersichtlich, verständlich und transparent bleibt, soll ein zentrales onlinebasierte Portal geschaffen werden, in welchem alle Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten vereint werden und zusätzliche Informationen einen Überblick verschaffen. In der App sollen auch grundsätzliche Umfragen zu kommunalpolitischen Themen durch den Rat und die Verwaltung durchgeführt werden, die zwar nicht rechtlich bindend sind, jedoch ein Feedback der öffentlichen Meinung an Entscheidungsgremien senden und als Entscheidungshilfe dienen können.

3. Den Kostenrahmen (zu 2.) muss die Kommune übernehmen.

ja

G - WLAN-Hotspots in der WLAN-Diaspora Kölner Norden

1. Der Ausbau von WLAN-Hotspots im gesamten Kölner Norden ist überfällig.

Ja

2. Solche Hotspots müssen flächendeckend und kostenfrei bereit gestellt werden.

Ja.

Um auch die Lebensqualität in unserer Stadt zu verbessern, brauchen wir nicht nur ein schnelles Netz in jedem Winkel der Stadt, wir fordern außerdem ein ausgebautes Netz freier WLAN-Hotspots an allen großen Plätzen der Stadt. Zudem fordern wir auch kostenloses WLAN in Bus und Bahn, sowie an den Haltestellen und Lademöglichkeiten für mobile Geräte in Bussen und Bahnen.

3. Wir werden aktiv zugunsten einer vollständigen bezirklichen Netzabdeckung.

Ja

H - ÖPNV-ON-DEMAND & KVB

1. Die innerörtlichen Verbindungen im KVB-Netz sind insbesondere im ländlichen

„Feuerring“ um das Chorweiler-Zentrum herum unerträglich unzureichend.

Ja

2. Gerade in unserem großen Bezirk ist es erforderlich, dass hier die begonnen Planungen zum Projekt ÖPNV-On-Demand mit Priorität auch gegenüber anderen Stadtbezirken realisiert werden.

Ja. Wir setzen uns generell dafür ein den Verkehrsraum im Kölner Norden innovativer zu denken und setzen uns für sogenannte Mobilitätshubs ein, an denen z.B. Sharinganbieter, aber auch die KVB und die Rheinenergie ihre Fahrzeuge an den ÖPNV Verkehrsknotenpunkten anbieten können.

3. Seit den 1980er Jahren bestehen Pläne zur Weiterführung der Linie 12 bis zu den Rheindörfeln. Solche Pläne gehören erneut „auf die Tagesordnung“.

Ja. Wir wollen den Bau neuer Stadtbahnstrecken und setzen uns seit jeher für den Ausbau der Linie 12 nach Rheinkassel und Langel ein. Außerdem aber auch für eine Verlängerung der Linie 5 nach Pesch, Auweiler und Esch, die ebenfalls für unseren Stadtbezirk sehr wichtig wäre.

4. Generell beschert die ÖPNV-Taktung sowie mangelnde Querverbindungen dem Bezirk 6 weitere Nachteile gegenüber anderen Bezirken.

Ja.

Bustaktungen die eine Verbindung nur alle 30 min ermöglichen, sind für das Jahr 2020 mehr als ungenügend. Wer den Kölner Norden attraktiver machen möchte, muss den ÖPNV ausbauen.

4

I - Öffentliche Flächen zum Spielen & Erholen sowie landwirtschaftliche Naturräume

1. Öffentliche Freiflächen zum Spielen & Erholen müssen durch Paten oder die Kommune gepflegt werden. Solche Pflege muss mindestens 2x jährlich erfolgen.

Der öffentliche Raum soll ebenfalls Angebote für Kinder und Jugendliche bereitstellen. Dies wird vor allen Dingen durch Kinder- und Jugendplätze ermöglicht werden können. Die Gestaltung soll vor allem durch die neuzugründende Jugendvertretung im Rat erfolgen.

Es soll zudem möglich sein, Jugend- oder Kinderspielplätze in privater Trägerschaft, wie zum Beispiel durch Elternvereine, zu betreiben. In der Infrastruktur der Kinderspielplätze soll Qualität vor Quantität gelten. . In der Infrastruktur der Kinderspielplätze soll Qualität vor Quantität gelten.

2. Grünflächen von privaten Eigentümern oder Gemeinschaften in mehrgeschossigen

Einheiten sind oft jahrelang vernachlässigte Einheiten. Hier sind städtische Kontrollen und erforderlichenfalls Ermahnungen bis hin zu Bußgeldern erforderlich, wenn Vernachlässigung augenfällig wird.

Keine Angabe

3. Entlang landwirtschaftlich genutzten oder sonst freien Naturräumen, aber auch entlang von verkehrsinfrastrukturellen Bereichen, muss der Raum für naturnahes Begleitgrün deutlich erweitert werden und zugleich durch Verordnungen verpflichtend abgesichert werden.

Wir setzen uns für ein begrüntes Köln ein und sind daher z.B. für die Förderung der Begrünung von Dach-, Fassaden und Hofflächen. Bäume und Hecken haben einen positiven Einfluss auf das Stadtklima, filtern Schadstoffe aus der Luft und vermitteln Ruhe. Wir brauchen mehr Hecken auf Mittelstreifen und mehr Begrünung an Lärmschutzwänden. Wir wollen, dass Entsiegelung bei der Abwassergebühr berücksichtigt werden. Analog dazu soll der Erhalt von örtlich wichtigen Bäumen,

Baumgruppen und Gehölzen auf Privatgrundstücken bei den Grundbesitzabgaben und der Pacht berücksichtigt werden.

Weiter fordert die FDP:

Parkplätze müssen mit Bäumen beschattet werden. Weitere KVB-Trassen und Haltestellendächer müssen begrünt werden.

. Vorschläge aus den Stadtteilen, wo Asphalt entsiegelt und durch wassergebundene Oberflächen ersetzt werden könnte, sollen geprüft und honoriert werden. Öffentliche Plätze sind durch Begrünung und Beschattung – notfalls in Großkübeln und Hochbeeten – als Wohlfühlraum zu gestalten. Betonwüsten ohne Aufenthaltsqualität müssen begrünt werden und Umweltfeindliche Steinwüsten in Wohngebieten sind durch eine Vorgartensatzung zu verhindern.

Vielfalt erhöht die langfristige Resistenz des Stadtgrüns. Monokulturen sind daher zu vermeiden. In städtischen Parks und Grünanlagen soll die biologische Vielfalt durch Anbau alter, bedrohter Pflanzen- und Baumarten gefördert werden. Blumenwiesen sollen Lebensräume für Insekten bieten.

4. Das Ziel von unbelastetem Grundwasser und ausreichenden Schneisen zur Sicherung von Luftqualitäten muss durch kommunale Planung abgesichert je Legislaturperiode aktualisierend bewertet werden.

Ja

5. Zu viele „Ecken“ – teils ehemalige Spielbereiche oder Aufenthaltsbereiche – sind im Umfeld von mehrgeschossigen Wohneinheiten verwahrlost. Das ist künftig nicht weiter hinnehmbar.

Ja

J - Vereine, Kulturschaffende und Ehrenamtliche

1. Die vielfältigen Vereine & Gemeinschaften, die Kulturschaffenden, die sportlichen oder künstlerischen Gruppen, die ehrenamtlich Tätigen, die Helfenden u.v.a. mehr tragen alltäglich zur Lebensqualität vor Ort Entscheidendes bei.

Ja

2. Es muss Aufgabe der künftigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sein, und zwar aller, das Wirken dieser Gruppen in jeder möglichen Weise materiell und ideell mit aller Kraft zu unterstützen. Wir legen hierzu jährlich einen öffentlichen Bericht über unser Bemühen vor.

Ja

Für Mandatsträger sollte es vor Ort immer eine Herzensaufgabe sein, die Vereine und Organisationen wie es nur geht zu unterstützen.

K - Plätze in Heimersdorf & Seeberg-Süd sowie Sozialraumkonzept

1. In Heimersdorf und Seeberg-Süd befinden sich 2 zentrale Plätze – in beiden Ortsteilen im Bereich der aktuellen bzw. ehemaligen Ladenzentren (Seeberg-Süd). Beide Plätze bedürfen

dringend einer Neubeplanung.

Wie wichtig ein lebendiger stationärer Handel ist, hat uns die Corona-Pandemie deutlich vor Augen geführt. Der Online-Handel als nicht zahlender Nutzer des öffentlichen Raums hat einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem stationären Handel, der einer umfangreichen Genehmigungspflicht unterliegt und Kosten zu tragen hat. Der stationäre Handel darf keine Nachteile durch gesetzliche, infrastrukturelle oder steuerliche Barrieren haben. Politik und Verwaltung müssen den Einzelhandel unterstützen und entlasten statt immer mehr Auflagen und Restriktionen zu erlassen. Zudem bedarf es der Erhöhung einer nachhaltigen Aufenthaltsqualität in den Zentren der Veedel. Es braucht zudem eine regelmäßige und schnellere Aktualisierung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts, um auf Marktveränderungen reagieren zu können. Zudem setzen wir uns für die Einführung einer Veedels-Plattform ein, um die Geschäftsmodelle der Händler, Gastronomen und Dienstleister zu digitalisieren und die lokale Kundenbindung zu stärken.

2. In der kommenden Legislaturperiode muss es daher unter Beteiligung der örtlichen Bevölkerung sowie der Vereine und der Gruppen vor Ort ein neues Planungskonzept zur Neu- und Umgestaltung geben.

Ja

Es braucht zudem eine regelmäßige und schnellere Aktualisierung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts, um auf Marktveränderungen reagieren zu können

3. Heimersdorf und Seeberg-Süd sind historisch eine gemeinsame Planungseinheit. Daher muss endlich auch für diese Ortsteile ein gemeinsames Sozialraumkonzept in der nächsten Legislaturperiode eine zu verwirklichen Aufgabe der lokalen Politik sein.

Ja

L – Weltbeste Bildung - in Köln ?

1. Haben wir leider nicht. Die Corona-Zeiten haben das ganz offen gelegt was eigentlich nicht unbekannt sein kann. Der Schulträger muss verstärkt das Seine für die Ausstattung der örtlichen Schulen erbringen – aktuell ist es nicht genug.

Ja.

Nur wenn unsere Schulen gut ausgestattet sind und sich sowohl Schülerinnen und Schüler sowie das Kollegium dort wohl fühlen kann Bildung gelingen. Der Sanierungsstau an unseren Schulen muss abgebaut werden. Dies betrifft auch grundsätzliche Ausstattungen wie bequeme Stühle, moderne Tische und saubere Sanitäreinrichtungen, die wir mit Automaten für Damenhygieneartikel ausstatten möchten.

Die Stadt als Träger sollte außerdem dafür sorgen, dass die aktuellen Vorschriften auch über die Corona-Zeit hinaus gelten, da das Händewaschen mit Seife und das Abtrocknen mit Papierhandtüchern Standard sein sollte. Jeder Klassenraum sollte daher auch über ein eigenes Waschbecken verfügen.

Die Stadt muss aber zudem schnellstmöglich zusätzliche Schulbauprojekte verwirklichen. Für uns hat der Bau neuer Schulen oberste Priorität. Hierzu muss die Stadt Verfahren beschleunigen und Schulen

anderen Projekten vorziehen. Bei freiwerdenden Flächen muss zunächst eine Prüfung erfolgen, ob diese für einen Schulbau in Betracht kommen.

2. Das Land (NRW) muss die Rahmenbedingungen für Schulen, Kitas und die Fortbildung der Lehrkräfte und den in Erziehungsberufen Tätigen erheblich erweitern und verbessern und zugleich der weitgehenden Überforderung von Elternhäusern Einhalt gebieten.

Ja

Soweit wir dies auf kommunaler Ebene beeinflussen können, wollen wir dies auch tun.

3. „Home-Schooling“ ist kein Ersatz für Unterricht. Nachteilige Bewertungen von Leistungen der Schülerinnen und Schülern dürfen sich daraus folgerichtig nicht ergeben. Zugleich ist ein „Überschwemmen“ der Betroffenen mit häuslichen Arbeitsmaterialien unangemessen.

4. Digitales Lernen muss für alle Schülerinnen und Schüler innerhalb jeder Schule im Schulprofil definiert werden.

Ja

5. Eine materielle Ausstattung aller im Schulbereich Tätigen mit guter Hardware auf Kosten des Landes und der Kommune ist notwendig, ebenso wie die Bereitstellung der erforderlichen Lizenzen. Die derzeitigen Planungen sind daher zu begrüßen, sie müssen jedoch langfristig abgesichert und ausgebaut werden.

Gerade in der jüngsten Vergangenheit haben wir gelernt, wie wichtig eine umfassende digitale Ausstattung der Schulen ist. Hier müssen wir besonders schnell aktiv werden und Schulen mit den nötigen Geräten und Knowhow ausrüsten, sodass schnell und unkompliziert auf digitalen Unterricht umgestellt werden kann, sofern dies nötig ist. Hinzu muss mehr IT-Personal kommen, damit die Lehrerinnen und Lehrer sich auf ihren Unterricht konzentrieren können.

Als Träger der Schulen soll die Stadt Köln die einheitliche Implementierung einer sicheren Kommunikations- und Lernplattform vorantreiben. Zur Unterstützung soll die Stadt Köln eine Serviceeinheit in der Schulverwaltung einrichten.

6. Lehrende sollten ab Schuljahr 2020/21 innerhalb von 2 Schuljahren zumindest einmalig ihre Digital-Kompetenzen nachweisen – u.a. durch (vorhandene oder zu erbringende) Testate oder zertifizierte Fortbildungen in der allgemeinen Technologienutzung sowie in den Bereichen der von ihnen vertretenen Unterrichtsfächer.

Nein/ Keine Angabe

Bei diesem Thema handelt es sich um Landespolitik. Fest steht: Damit in Schulen konsequent digital gearbeitet werden kann, brauchen besonders die Lehrerinnen und Lehrer eigene digitale Endgeräte, mit denen sie im Unterricht arbeiten können und datenschutzkonform ihre alltägliche Arbeit erledigen können. Diese müssen vom Schulträger gestellt werden. Hierzu muss die Stadt die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen. Gleichzeitig muss für umfassende

Fortbildungsprogramme für Lehrkräfte gesorgt werden, damit digitale Möglichkeiten im Unterricht auch sinnvoll genutzt werden können

7. In Corona-Zeiten kann es nicht Aufgabe von Schulleitungen oder Lehrkräften sein medizinische Entscheidungen zu treffen. Auf Antrag der Schulleitungen muss für jede Einrichtung unverzüglich, faktisch dann sofort über das Gesundheitsamt testendes Fachpersonal zur Lagebeurteilung und Entscheidungshilfe zur Verfügung gestellt werden.

Keine Angabe

M – „Stadtgespräch Chorweiler“

1. Mitte Juli 2020 fand mit Frau OB`in Reker und einigen Amtsleitungen ein „digitales Bürgergespräch zum Bezirk Chorweiler“ statt. Diese Veranstaltung hätte den gleichen Effekt gehabt, wenn Frau Reker und die Amtsleitungen eine Sitzung der BV6 besucht hätten – ergänzt um die Möglichkeit von Beiträgen aus dem Kreis der Zuhörer/innen.

Keine Angabe

2. Nach Wegfall der Corona-Einschränkungen muss unverzüglich eine solche Gesprächsrunde als normale analoge Veranstaltung nachgeholt werden – als ein richtiges Bürgergespräch im großen Saal des Bezirksrathauses.

Ja.

Ein solches Bürgergespräch unterstützen wir, denn es ist wichtig den Bürger*innen im Köln Norden zuzuhören.